

Maßnahmenplan zur Überprüfung von Paul Riedel

Die Staatssicherheit wurde Anfang der 1950er Jahre auf Paul Riedel, einen ehemaligen Angehörigen des KZ-Wachdienstes, aufmerksam. Nachdem der Vorgang zu Riedel ab 1960 aus nicht bekannten Gründen für einige Jahre ruhte, erstellte das MfS 1969 einen Maßnahmenplan. Die Geheimpolizei wollte damit mehr Informationen über Riedels Tätigkeit im Konzentrationslager Auschwitz in Erfahrung bringen.

Die DDR gab sich als antifaschistischer Staat und nahm für sich in Anspruch, im Gegensatz zur damaligen Bundesrepublik mit sämtlichen Kontinuitäten gebrochen zu haben. So schob die SED die historische Verantwortung für die Verbrechen des NS-Regimes dem Westen zu. Nach ihrer Lesart sei die Mehrzahl der moralisch und strafrechtlich für die NS-Verbrechen Verantwortlichen in den Westen geflüchtet. Generell galt die Aufarbeitung der NS-Diktatur in der DDR schon mit der "antifaschistisch-demokratischen Umwälzung" und den damit einhergehenden radikalen gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen als abgeschlossen.

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) ermittelte verdeckt und prüfte die Fälle vor allem auch unter dem Gesichtspunkt der politischen Zweckmäßigkeit. Überwogen die Vorteile, so wurden die Fälle vor Gericht gebracht, wo strenge Urteile die antifaschistische Rigorosität der DDR demonstrierten. In vielen Fällen verzichtete das MfS aber auf offene Ermittlungen oder die Vernehmung möglicher Straftäterinnen oder Straftäter. Bei Ermittlungen zu Personen, die in die Verbrechen von Auschwitz verwickelt waren, stieß das MfS zwar auf die Spuren etlicher möglicher Täter, oftmals führte das aber zu keiner öffentlichen Anklage.

Paul Riedel fiel dem MFS erstmals Anfang der 1950er Jahre auf. Bei der Kontrolle seiner Post durch die Abteilung M geriet er in den Verdacht, der verbotenen Religionsgemeinschaft der Zeugen Jehovas anzugehören. Auf Grund dessen übernahm die Abteilung V/4 (später Abteilung XX/4) der BV Karl-Marx-Stadt, zuständig für die Überwachung der Kirchen und Religionsgemeinschaften, im Juni 1959 die Bearbeitung von Riedel, der damals in einem Schachtbaubetrieb bzw. Steinkohlenwerk als Anschläger tätig war.

Riedels Insiderkenntnisse über das KZ Auschwitz, auch über konkrete Verbrechenskomplexe und Tatbeteiligte, waren vermutlich umfangreich. Trotzdem wurde er nicht ein einziges Mal durch das MfS befragt. Schon nach wenigen oberflächlichen Recherchen legte die Stasi den Vorgang 1971 "wegen Nichtbestätigung des Verdachtes" endgültig zu den Akten.

Nachdem das MfS 1967 die Abschrift eines Berichts vom Zeugen Adolf Rögner erhielt, der auch Angaben zu Paul Riedels Tätigkeit im KZ Auschwitz machte, nahm die Geheimpolizei den Vorgang zu Riedel wieder auf. Laut des vorliegenden Maßnahmevertrags sollten mögliche Überlebende für Zeugenaussagen ausfindig gemacht sowie der Einsatz inoffizieller Mitarbeiter (IM) geprüft werden. Nun änderte sich auch der Schwerpunkt der Bearbeitung: Nicht der Nachweis der Mitgliedschaft in einer verbotenen Glaubensgemeinschaft stand mehr im Vordergrund, sondern die "Klärtung des Sachverhaltes und eventueller begangener Verbrechen gegen die Menschlichkeit".

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AOP, Nr. 59/71, Bl. 153-155

Metadaten

Diensteinheit: Bezirksverwaltung Karl-Urheber: MfS
Marx-Stadt, Abteilung XX/4 Datum: 23.1.1969
Rechte: BStU

Maßnahmeplan zur Überprüfung von Paul Riedel

BV für Staatssicherheit
Karl-Marx-Stadt
Abteilung XX/4

Karl-Marx-Stadt, den 23.1.1969
Uk/Tra

BStU
000153

Maßnahmeplan

zur Bearbeitung des Überprüfungsvorganges Reg.-Nr. 658/60

Im Vorgang wird der

R i e d e l , Paul
geb. am 23. 3. 1907 in Thurm
beschäftigt als Lagerarbeiter im
VEB Elektromotorenwerk Thurm
wohnhaft: Thurm, Krs. Zwickau, Nr. 87

bearbeitet.

R. war aktives Mitglied der NSDAP und V-Mann der Gestapo.
Er soll heute der verbotenen Organisation "Zeugen Jehova"
angehören. Weiterhin soll er zwei Personen denunziert haben,
die ausländische Sender abgehört hatten. Beide wurden verhaftet
und in ein KZ eingeliefert. Einer von beiden soll im KZ
umgekommen sein, während der andere nach seiner Entlassung
aus dem KZ im Krieg gefallen ist. Dieser Fakt konnte bisher
nicht bewiesen werden.

Fest steht, daß er als SS-Angehöriger Aufsichtsführender im
KZ Auschwitz gewesen ist und V-Mann der Gestapo war.

Zur Klärung des Sachverhaltes und eventueller begangener Verbrechen
gegen die Menschlichkeit machen sich folgende Maßnahmen notwendig:

1. In einem Schreiben an die HA XX Berlin, über den Leiter,
Genossen Oberst Kienberg, wird gebeten, folgendes festzustellen:
 - Überprüfung aller Unterlagen über das KZ Auschwitz,
der Gestapo-Leitstelle Chemnitz, Zwickau und gelaufener
Prozesse zur Person Riedel

- 2 -

Maßnahmeplan zur Überprüfung von Paul Riedel

H

- 2 -

BStU
000154

*Extra
Befehlshabern
machen.*

- Anforderung der Archivunterlagen, aus denen hervorgeht, daß er Aufsichtshabender im KZ Auschwitz war, die Denunzierung bestätigt wird, sowie seine V-Mann Tätigkeit

✓ - Über die VVN in Berlin sind Personen in Erfahrung zu bringen, die im KZ Auschwitz waren und ihren Wohnsitz in der DDR haben

✓ - Es ist zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, polnische Überlebende aus dem KZ Auschwitz unter Vorlage eines Bildes zur Person des Riedel zu befragen.

Termin: 31. 1. 1969 *ur.*
Verantwortlich: Ltn. Uksa

2. Aktualisierung des Persönlichkeitsbildes durch Ermittlungen im Wohngebiet und auf der Arbeitsstelle.

Termin: 8. 2. 1969 *ur.*
Verantwortlich: Ltn. Uksa

*R. i.v.
Kundekirchelet
versie arktis jin
• finthet*

3. Durch eigene Agenturen ist zu klären, ob der Riedel der verbotenen Organisation "Zeugen Jehova" angehört. Die IMV "Quermann" und "Günther" werden entsprechend instruiert.

Termin: 8. 2. 1969
Verantwortlich: Ltn. Uksa
Zugang verschl.

4. Bei der VVN im Bezirk ist in Erfahrung zu bringen, ob noch Personen existieren, die im KZ Auschwitz waren.

Termin: 15. 2. 1969 *ur.*
Verantwortlich: Ltn. Uksa

5. Befragung der festgestellten Personen unter Vorlage des vorhandenen Bildes. Dabei ist zu klären, ob ihnen diese Person bekannt ist und was können sie über die Tätigkeit im KZ Auschwitz angeben.

Termin: 5. 3. 1969
Verantwortlich: Ltn. Uksa

- 3 -

Maßnahmeplan zur Überprüfung von Paul Riedel

H

BStU
000155

- 3 -

6. Mit der KD Zwickau ist zu klären, welche IM eingesetzt werden können zur Vervollständigung des Persönlichkeitsbildes

Termin: 15. 2. 1969
Verantwortlich: Ltn. Uksa

7. Der damalige Wohnungsnachbar derjenigen Bürger, die von Ridel denunziert wurden, ist festzustellen und eine Befragung zum Fakt durchzuführen.

Termin: 15. 3. 1969 *ur.*
Verantwortlich: Ltn. Uksa

*Uksa
Leuthenow*

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AOP, Nr. 59/71, Bl. 153-155

Blatt 155